

Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Wegzugspreis monatlich M. 1.80, durch Boten frei ins Haus geliefert, bei Abholung in den Geschäftsstellen M. 1.80, Wochenkarten 85 Pfg. Bei Postbezug vierteljährlich M. 4.50 einschließlich Zustellungsgebühr. Einzelne Nummer 10 Pfg. Ausgabe werktäglich nachmittags. Falls durch höhere Gewalt, Betriebsstörung, Streik, Sperrung, Ausperrung der Anzeiger verspätet oder nicht erscheint, ist der Verlag nicht zum Ersatz verpflichtet. — Postfachkonto 24924. Geschäftsstelle: Hohenstein-Ernstthal, Bahnstr. 8.

zugleich
Oberlungwitzer Tageblatt
und
Bersdorfer Tageblatt

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet bis Gopplitz Hauptstraße 80 Pfg., sonst 40 Pfg., Restland 75 Pfg.; bei Wiederholungen tarifmäßiger Nachsch. Kundenstellung und Vermittlung von schriftlichen Angeboten 20 Pfg. Anzeigenaufgabe durch Fernsprecher schließt jeden Erstattungsanspruch aus. Bei zwangsweiser Einstellung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfall gelangt der volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Ermäßigung in Anwendung. — Fernsprecher Nr. 161.

Tageblatt für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Bersdorf, Hermsdorf, Rösdorf, Bernsdorf, Wilsenbrand, Mittelbach, Gröna, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Meinsdorf, Langenberg, Falken, Langenschursdorf usw.

Nr. 295

Sonntag, den 21. Dezember 1919

46. Jahrgang

Öffentliche Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums

am Dienstag, den 23. Dezember 1919, abends 8 Uhr im Sitzungssaale des Rathauses.
Hohenstein-Ernstthal, am 20. Dezember 1919. E. Eichler, Stadtver.-Vorst.

Tagesordnung:

1. Bewilligung von 170 Mk. für Baulichkeiten im Badgute. 2. Nachverwilligung von 397,20 Mk. für Instandsetzung eines Geschäftszimmers im Rathause. 3. Bewilligung von 250 Mk. zur Beschaffung eines neuen Ofens im hiesigen Parkbause. 4. Erhöhung der Vergütung für die Hilfskräfte im Krankenhaus und im Bürgerheim. 5. Nachverwilligung von Mitteln für aufgewendete Lohnnachzahlungen. 6. Hinterlegung von Kaution durch Beamte betr. 7. Begründung einer Kassiererstelle bei der Strokasse. 8. Winterbeihilfe für Erwerbslose. 9. Eingänge.

Montag Auslandsbutter, 50 Gramm — 80 Pfg. 986—1350, 4001—4575: Schmidt, 1351—2600, 4576—4980: Meyer, 2601—3240, 4981—5600: Caffig, 3241—3700, 5601—5850: Jörn.

Bekanntmachung.

Zur Streckung der vorhandenen geringen Kohlenvorräte und der spärlich eingehenden Kohlenmengen wird die Stromlieferung des Elektrizitätswerkes an der Lungwitz am 24. und 31. d. M. von 12 Uhr mittags bis 4 Uhr nachmittags und am 25., 26., 27. und 28. d. M., sowie 1. Januar 1920 von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags im gesamten Reg. eingestellt.

Vertrauensmann des Reichskommissars für das E. W. a. d. Lungwitz.
Nahrre

Der deutsche Einheitsstaat

Auf Ersuchen unseres Dresdener Vertreters hat der sächsische Ministerpräsident Dr. Gradnauer zu dem in der preussischen Landesversammlung behandelten Antrag auf Herbeiführung des deutschen Einheitsstaates seine Auffassung wie folgt geäußert:

„Mit dem preussischen Ministerpräsidenten stimme ich durchaus darin überein, daß die gegenwärtige Zeit für die Einbringung eines so wichtigen Antrages nicht günstig ist. Vor wenigen Monaten ist die neue Reichsverfassung verabschiedet worden. Die Fragen, um die sich Unitarier und Föderalisten lange gestritten haben, sind dahin entschieden worden, daß dem Reich alles zuteil ward, was zu seiner Festigung und Entwicklung nötig ist. Nun gilt es, das demokratische Verfassungswerk auszubauen. Der Beschluß der preussischen Landesversammlung aber will es in seinen Grundfesten einreißen. Irigendwelche zwingende Gründe für die jetzige Wiederaufstellung der Verfassungsfrage vermag ich nicht zu erkennen. Ich muß befürchten, daß das Bestreben, so schnell wieder an dem neuen Grundgesetz des Reiches zu rütteln, leicht dazu führen kann, die Festigkeit und die Autorität dieser Verfassung zu gefährden. Gerade die demokratischen Verfassungsparteien sollten sich hüten, den Gegnern der Verfassung solches Beispiel zu bieten. Es ist gesagt worden, durch die geplante Neuordnung würden Ersparnisse an Verwaltungskosten gemacht werden können. Aber die Erfahrungen der letzten Jahre und auch der jüngsten Zeit haben gezeigt, daß die Zentralisierung vieler wichtiger Verwaltungszweige in Berlin wahrlich nicht zur Ausgabenersparnis geführt hat. Bisher ist noch nicht erwiesen, daß das Reich, wenn ihm allzu schnell allzu viele Aufgaben übertragen werden, instande wäre, billiger und vor allem auch besser zu verwalten, als es in den Ländern der Fall ist. Auch muß ich mich wundern, daß viele Parteiführer in Preußen von den Bestimmungen, die in Süddeutschland gegen eine übermäßige Zentralisierung in Berlin herrschen, keine rechte Vorstellung zu haben scheinen. Die in Süddeutschland gegen Berlin bestehende Stimmung sollte doch um so mehr Anlaß zur Zurückhaltung geben, da man weiß, wie sehr die Leute Clemenceaus, die in München eine besondere Gefandtschaft zu errichten gewillt sind, jede Gelegenheit ausnützen, um Gegenstände zu beschaffen, die dem deutschen Süden und Norden heranzurufen. Der Versuch, jetzt auch den Rest der Selbstständigkeit der deutschen Länder auszulöschen, kann daher unmöglich zu dem Erfolge führen, den seine Urheber wünschen.“

Es ist zu befürchten, daß die Uebertreibungen des Unitarismus dazu führen, die Selbstverwaltung der einzelnen Reichsgebiete und damit ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Lebensinteressen schwer zu schädigen. In Sachsen wird daher nach wie vor unser Wahlrecht sein: Des Reiches Gebilden ist unser höchstes Gesetz, aber das Reich kann nur gedeihen, wenn seinen Teilen Lebensamöglichkeit und Lebensfreudigkeit gelassen wird.“

Der Standpunkt der Bayern.

Im bayerischen Landtag gaben gestern abend sämtliche Parteien Erklärungen ab über die Frage des deutschen Einheitsstaates. Die Bayerische Volkspartei erklärte, sie sei entschlossen, dem Verlangen nach der Errichtung des förmlichen und völligen Einheitsstaates mit starkem Widerstand entgegenzutreten. Die Deutsche demokratische Partei erklärte, sie erblicke in dem überhitzten Versuch auf Herstellung unbeschränkter Reichseinheit eine ernste Gefährdung der mühsam errungenen neuen Staatsgewalt und erwartete von der Regierung eine energische Vertretung ihrer Grundsätze. Die Erklärung der sozialdemokratischen Partei ist, daß die bayerische Regierung Verhandlungen mit der Reichsregierung und den Regierungen der übrigen Länder einleiten soll.

Die Wirtschafts-Debatte in der Nationalversammlung.

Berlin, 19. Dez.
Vizepräsident Loebe eröffnet die Sitzung. Auf eine Anfrage des Abg. Kuhnert (Unabh.) wegen Verletzung der Immunität unabhängiger Abgeordneter durch den Reichsminister, die im Marlos-Prozess zur Sprache gekommen seien, antwortet Reichsminister Koste: Meine Instruktion vom 9. Juni d. J. besagte: Für den Fall eines erneuten Aufstandes beschle ich: Der Aufstand ist mit allen zu Gebote stehenden Mitteln so schnell wie möglich niederzuschlagen. Während der Dauer des Aufstandes sind die Personen, die an dem gewaltsamen Sturz der Regierung tätigen Anteil nehmen, sofort zu verhaften. — Dagegen schützt die Immunität auch nicht, das ist selbstverständlich. Herr Koste hat sich aber auch schuldig gemacht aus Bremen in Sicherheit gebracht. (Lärm bei den Unabh.) Die Instruktion war eine militärische Maßnahme, für die ich allein die volle Verantwortung trage. Die Immunität der Abgeordneten, die sich nicht an verbotenen Unternehmungen beteiligt haben, ist nicht bedroht, darüber besteht kein Zweifel (Lärm der Abg. Frau Zieg: daß Sie ein Mörder

in d. Vizepräsident Loebe ruft Frau Zieg zur Ordnung), daß die gesamte Reichsregierung fest entschlossen ist, jeden Versuch, durch Aufstände oder Gewalttätigkeiten das Leben der Staatsbürger oder die Sicherheit der Republik zu gefährden, niederzuschlagen.

Interpellation Arnstadt-Heinze

betreffend Wirtschafts- und Steuerpolitik, sowie das unerlässliche und ungeheure Steigen aller Preise.

Abg. Hugo (Dtsch. Vp.) begründet die Interpellation. Die Regierung muß den Produktionsprozess fördern, die Kaufkraft des Inlandsmarktes muß offen gehalten werden, die Steuerpolitik denachteiligt unseren Kredit. Die Kohlenförderung hat sich allmählich gehoben, aber noch nicht genug. Arbeitslosigkeit und Arbeitsunterstützung sind nötig.

Wir sind ein Volk in Not.

Heute hat auch der Arbeitgeber die Pflicht, alle Kräfte anzuspinnen, nicht um sich die Taschen zu füllen, sondern der deutschen Wirtschaft wieder auf die Beine zu helfen. Die Preise in Deutschland werden sich den Weltmarktpreisen nähern und die Löhne müssen folgen. Unsere Ernährungsbasis ist für dieses Jahr zu schmal. Wir müssen vor allem Getreide aus dem Auslande holen. Können wir angesichts des hohen Weltmarktpreises die allgemeine Preislenkung auf die Dauer durchführen? Es gibt Hunderttausende von Deutschen, die dieser Preislenkung gar nicht bedürfen. Wir müssen nur die minder Leistungsfähigen herausheben und ihnen das Leben weiter ermöglichen. Daß mit 40- und 60prozentigen Teuerungszulagen nichts zu machen ist, darüber muß sich jeder klar sein. In der Preispolitik gegenüber der Landwirtschaft ist die erforderliche große Linie nicht innegehalten worden. Mit dem System der Prämienerhöhung werden wir in Zukunft nicht auskommen können. Sorgen wir für vollständig klare Verhältnisse bis zur nächsten Ernte. Die Frage der Zwangswirtschaft muß rechtzeitig und nach großen Gesichtspunkten geprüft und entschieden werden. Dem vom preussischen Ministerpräsidenten ausgesprochenen doppelten Grundsatze, volle Ausnutzung der Weltmarktkonjunktur bei Gestaltung unserer Ausfuhr und wirksamer Schutz der Inlandversorgung können meine Freunde voll zustimmen.

Abg. Mumm (D.N.) begründet eine Interpellation über die Planlosigkeit der Einfuhr und Ausfuhr. Einfuhr und Ausfuhr sind planlos, der Stand der Valuta wird ins Unberechenbare gebriert. Die Unternehmungen und der Grund und Boden kommen in die Hände des Auslandes. Die Kindersterblichkeit wächst ins Ungeheure. Gewalttätige Summen sind nutzlos veran. Will die Regierung nicht endlich gegen diese Verhältnisse vorgehen?

Reichsminister Schmidt: Sie (nach rechts) haben sich früher nicht geschert, den Arbeitern aus dem Osten menschenunwürdige Wohnungen anzubieten und sie wie das Vieh zu behandeln. (Lärm rechts: Unerbittl!) Schieber sind auch in anderen Kreisen zu finden. Weber die Einfuhr, noch die Ausfuhr sind frei, sie stehen unter Kontrolle. Das Ernährungsbedürfnis unserer Kinder entrichtet uns alle, aber gerade Herr Mumm hat gegen das Friedensangebot gestimmt. Der Friedensschluß zwei Jahre früher hätte uns allen das Geld erspart. Sie wollen die Freiheit der Ausfuhr. (Lärm rechts.) Die Regierung wird den Wohnungsbau in der Praxis fördern; wir bemühen uns, dafür Mittel einzuführen, aber soviel Privatkredit, wie dafür nötig ist, ist nicht aufzutreiben. Herr Dr. Hugo will den freien Handel und die Lohnansprüche heraufziehen. Dann müßten wir 10 Mk. Stundenlohn zahlen, dann hätten wir erst die Katastrophe. Die Regierung wird dem Volke sagen: Hier (nach rechts) sitzen die Rotverteuerer, die aus der Konjunktur nur Nutzen ziehen. (Beifall bei der Mehrheit, Lärm rechts.) Das deutsche Volk muß unabhängig sein von irgend einer Interessengruppe.

Es liegt ein Antrag auf Verlegung vor. Präsident Fehrenbach macht darauf aufmerksam, daß noch weitere ministerielle Aufzeichnungen zu erwarten sind.

Reichsfinanzminister Erzberger: Das Vorgehen der Rechten bei Einbringung dieser Interpellationen im letzten Augenblick ist mit

Recht als illoyal gekennzeichnet worden. Ich stelle vor dem deutschen Volke fest, daß

die Rechte so schwach hier vertreten ist und daß sie dann den Minister verhindern will, vor Weihnachten noch dem deutschen Volke die nötige Klärung zu geben. (Große Unruhe rechts.) Nach der Geschäftsordnung müssen 50 Abgeordnete dafür stimmen, wenn eine Besprechung erfolgen soll. Selbstverständlich müssen die Interpellanten in erster Linie dafür sorgen, daß diese 50 Abgeordneten da sind. Die jetzigen Gesetze der Regierung sollen Deutschland in diese wirtschaftliche Lage gebracht haben? Eine größere Geschäftslage ist wirklich nicht möglich. Die Regierung hat das getan, und nun bekommen wir Vorwürfe, daß wir Geld ausgegeben haben für Arbeitslosenunterstützung, für Herabsetzung der Lebensmittelpreise. (Abg. Hugo: Daran haben wir Ihnen keinen Vorwurf gemacht!) Dank weis ich nicht, wozu Sie hier geredet haben. Mit solchen Jurusen zeigen Sie nur, daß Sie

parlamentarische Säuglinge

sind. (Der Präsident rügt diesen Ausdruck.) Zunächst haben die Interpellanten über die hohen Preise gellagt und ihre Schlussfolgerung war, daß die Preise nicht hoch genug seien und daß deshalb das Wirtschaftsleben sich nicht entwickeln könnte. Sodann ist gesagt worden, die Regierung gehe zu langsam vor mit der Regelung des Wirtschaftslebens. Jetzt macht die Regierung einen Vorschlag, und da kommt der Abg. Hugo und protestiert dagegen, daß die Angelegenheit heute zur Entscheidung kommt. Ferner jammern Sie über die unbeschränkte Ausfuhr und auf der anderen Seite protestieren Sie gegen die Zwangsmassnahmen. Also auch hier wieder ein Widerspruch.

Entweder absolute Freiheit oder Regelung und Ordnung bei unserer Einfuhr und Ausfuhr, dann brauchen wir Zwangsmassnahmen. Ein drittes gibt es nicht. Uns selbst ernähren können wir nicht. Wir werden immer Futtermittel, Rohstoffe und Rohmaterial vom Auslande brauchen. Jede Regierung hat die Pflicht, regulierend in das Wirtschaftsleben einzugreifen. Ihre Politik (nach rechts) ist keineswegs mehr staatszerstörerisch. Wir werden im nächsten Monat mit einem großzügigen Plan hervortreten in der Wohnungsfrage, besonders für die Bergarbeiter.

Präsident Fehrenbach erklärt, nach der Geschäftsordnung müßten die Interpellanten jetzt die Besprechung beantragen, sonst wären die Interpellationen erledigt.

Abg. Schulz-Bromberg (D.N.) hält daran fest, daß ein Verlagsantrag jederzeit eingebracht werden könnte und bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses. — Abg. Dr. Cohn (Unabh.) stimmt dem Präsidenten zu.

Nach weiterer Geschäftsordnungsaussprache, welche ziemlich erregt verläuft, beantragt Abg. Dr. Heinze (Dtsch. Vp.) die Beantwortung der Interpellationen. Der Antrag wird von der Rechten und einigen Unabhängigen unterstützt. Die Unterstützung reicht aber nicht aus. Damit sind die Interpellationen erledigt.

Nächste Sitzung 13. Januar: Betriebsrätegesetz.

Ende des Belagerungszustandes beantragt.

Abg. Die Regierung hat den Belagerungszustand als Ausnahmezustand aus dringenden und zwingenden Gründen angelesen. Solche Gründe sind nicht mehr in dem Maße vorhanden, daß nicht der Versuch gemacht werden könnte, ohne den Belagerungszustand auszukommen. Der Belagerungszustand ist insbesondere aus Anlaß der Ermordung des Kriegsministers Reuring und der Unruhen in den Kohlenrevieren verhängt worden. Die gegenwärtige Lage und der Blick in die nächste Zukunft ist gewiß nicht ohne Besorgnisse. Bei Aufhebung des Belagerungszustandes werden die Kommunisten versuchen, für ihre gewalttätigen Absichten eine erhöhte Agitation zu entfalten. Die Beschlüsse, die die U. S. V. auf ihrem Parteitag gefaßt hat, sind nur allzu sehr geeignet, Unruhe und zu Störungen der öffentlichen Ordnung geneigte Menschen zu bestärken. Bedenkliche Erscheinungen sind auch in den extremen nationalistischen und antisemitischen Agitationen herorgetreten. Diefen Erscheinungen stehen